

## Wohnungsnot und Industrie.

Von Dr. Alois Sagmeister,  
Direktor des Wohnungsamtes der Stadt Wien.

Mit Recht und mit Stolz kann die Industrie darauf hinweisen, daß sie es vor allen anderen Wirtschaftszweigen vermag, in der engsten Zusammenfassung und auf dem kleinsten Gebiete Tausenden Arbeit und Brot zu verschaffen. Das „Brot verschaffen“ ist sogar im wörtlichsten Sinne zu verstehen, denn alle großen Industrieunternehmen sind gezwungen, ihren Angehörigen nicht nur Geld, welches leider keinem Wortsinn entgegen wenig gilt, sondern unmittelbar Lebensmittel aller Art und auch sonstigen Bedarf des täglichen Lebens zur Verfügung zu stellen, durch eine Organisation, welche vielleicht die Beteiligten noch immer nicht voll befriedigt, aber nicht ganz mit Unrecht den Reiz der von ihr Ausgeschlossenen hervorruft. Während diese eigene Versorgung der Industrie sowohl in den Städten als auch auf dem flachen Lande überraschend schnell in großem Maßstabe durchgeführt wurde und in geänderten Formen wohl vielfach auch in der Friedenswirtschaft eine Rolle spielen wird, hat sich auf dem Gebiete des Wohnungswesens wenig gegenüber jenem Zustande geändert, wie er vor Jahren zu beobachten war. Seit altersher haben Fabriken auf dem flachen Lande und späterhin auch in Klein- und Mittelstädten, der Not gehorchend und nicht dem eigenen Triebe, die Wohnungsfrage für die Arbeiter und Beamten der Fabriken in größerem oder kleinerem Umfange lösen müssen. In der Art, wie dies geschehen ist, haben die letzten Jahrzehnte eine ebenso durchgreifende erfreuliche Entwicklung gebracht. An Stelle der öden, freudelosen Arbeiterkasernen sind wohlüberdachte, den neuen Anforderungen des Städtebaues Genüge leistende Siedlungen getreten.

Es berührt ganz eigenartig, wenn man sich so recht vergegenwärtigt, wie die gleiche Firma Krupp, deren Geschosse und Geschosse ungezählte Wohnstätten in Schutt und Trümmer legten, selbst wieder Tausende von Wohnstätten in mustergerüstiger Form geschaffen hat. Bezeichnenderweise hat aber diese Entwicklung vor den Groß- und namentlich den Millionenstädten Halt gemacht. Ja, sie hat sogar, wo eine solche Entwicklung zu verzeichnen war, in demselben Augenblicke aufgehört, in welchem der Fabriksbetrieb einer Millionenstadt angegliedert erschien. So haben z. B. in Floridsdorf ältere, längere Zeit vor der Eingemeindung entstandene Fabriken Arbeiterwohnungen geschaffen, während in der weiteren Entwicklung mehr und mehr davon abgesehen wurde. Die Erscheinung kann nicht befremden, wenn man bedenkt, wie vieles gegen den Wohnungsbau der Industrie spricht. Abgesehen von den erforderlichen, sehr erheblichen und im eigentlichen Fabriksbetriebe weit besser zuzulassenden Mitteln ist schon die Mühe und Sorge einer ausgedehnten Wohnungsverwaltung wenig verlockend.

Aber auch der Arbeitnehmer stand und steht dieser Sache in einer ganz begreiflichen Zurückhaltung gegenüber. In dem Augenblicke, als der Arbeitgeber auch zum Vermieter wird, entstehen Probleme, die im Falle eines Streiks, einer Aussperrung, des Wechsels der Arbeitsstelle die größten Schwierigkeiten bieten und bisher durch keine wie immer geartete rechtliche oder wirtschaftliche Formulierung voll gelöst werden konnten. Gerade in der Millionenstadt aber läßt sich diesen Schwierigkeiten besser als irgendwo anders beikommen, weil hier ein ausgedehnter Arbeitsmarkt besteht und auch, in normalen Zeiten wenigstens, der Wohnungsmarkt eine große Freizügigkeit gewährleistet. Wenn bisher die großstädtische Industrie es vermieden hat, sich mit der Wohnungsfürsorge zu befassen, so ist dies sicherlich nicht deswegen geschehen, weil sie hierfür nicht geeignet oder berufen wäre, sondern aus der einfachen Erwägung, daß kein Zwang dazu vorlag, die hiemit verbundenen Lasten zu übernehmen. So wie sich aber die Verhältnisse in der jüngsten Zeit und vor allem in Wien gestaltet haben, halte ich es für unausweichlich, daß sich die führende Industrie ernstlich mit der Frage beschäftige, inwiefern sie sich an der Lösung des Wohnungsproblems beteiligen wolle. Heute ist die Situation in Wien derart, daß ein weiterer Zufluß an Arbeitern und auch höher Angestellten, wenn er auch noch so notwendig wäre, einfach wegen der Unmöglichkeit der Wohnungsbeschaffung gar nicht erfolgen kann.

Am besten können hierüber die verschiedenen Behörden Auskunft geben, deren nach Wien versetzte Beamte vielfach direkt die Unmöglichkeit einer Ueberfiedlung nachweisen, vielfach unter großen Kosten, welche zum Teile von den Behörden übernommen werden müssen, in Hotels und Pensionen leben, indes die Familie in dem früheren Aufenthaltsorte zurückbleibt. Unter solchen Umständen wird sich die Industrie sagen müssen, daß sie vielleicht ebenso viel oder mehr, als die Lasten einer Beteiligung an der Ausgestaltung des Wohnungswesens ausmachen würden, durch erhöhte Zahlungen verausgaben wird. Von den idealen Vorteilen eines in gesunden und freundlichen Wohnungen untergebrachten Angestelltenkörpers will ich hier gar nicht weiter sprechen.

Die letzte Zeit hat noch weitere Erscheinungen gebracht, welche ein neues, starkes Moment in der ange deuteten Richtung darstellen. Es ist dies die Umwandlung von Wohnungen in Geschäftsräume, Bureaus oder sonstige der Industrie dienende Räumlichkeiten. Vorläufig ist ja durch eine Kriegsverordnung und durch ein Untersagungsrecht der Behörde eine gewisse Wahrung der Interessen des Wohnungs wesens gesichert. Aber diese Sicherung beruht auf Untersagung und Einschränkung und hat alle Nachteile jener Maßnahmen an sich, die ihrer Natur nach den Vorteil

des Einen nur mit einer Einschränkung und daher Beeinträchtigung des Andern bewirken können.

Die gesunde und dauernde Lösung dieser Frage wird in der Bereitstellung einer großen Zahl geeigneter Wohnungen sein. Wenn sich die Industrie an dieser großen Aufgabe auch in großzügiger Weise beteiligt, so wird sie nicht nur eine gewisse moralische Verpflichtung erfüllen, manchem im Zusammenhange mit der letzten Entwicklung gegen sie gerichteten Angriff wirksam begegnen, sondern sie wird früher oder später ihren eigenen Vorteil bestens wahren. Jedem Geschäftsmann, der auf eine langjährige Erfahrung zurückblickt, wird es bekannt sein, daß häufig Gelder, welche er mit Widerstreben und für einen Zweck verausgabte, der ihm keinerlei Erträgnisse zu versprechen schien, sich auf die Dauer als besser werdendes Kapital erwiesen, als manches andere. Etwas ähnliches ist auch von jenen Mitteln zu gewärtigen, welche dem Wohnungsweien zugeführt werden. Ueber die zweckmäßigste Form einer solchen Mitwirkung der Industrie wäre vieles zu sagen, die Entscheidung läßt sich wohl nur fallweise treffen. Man kann sich neben dem Baue von Wohnungen für eigene Rechnung und eigenen Bedarf ebenso gut die Förderung gemeinnütziger Baugenossenschaften, die Errichtung von Wohnungsstiftungen, die Mitwirkung der Wohnungsfürsorgeaktionen des Staates, des Landes und der Gemeinde denken. Die Hauptsache ist, daß die Zahl der verfügbaren Wohnungen möglichst rasch und in möglichst günstiger Weise vermehrt wird. Ob dann die Wohnung im einzelnen einer bestimmten Berufsgruppe zugewendet wird oder nicht, kommt erst in zweiter Linie in Betracht, und je weniger man diese Frage kleinlich auffaßt, je mehr fallen auch alle Bedenken weg, welche von Seite der Arbeitnehmer entstehen können.

Schon bisher war die Industrie die Großstädtebauerin der Gegenwart in mittelbarer Weise, indem sie vor allem jene großen Menschenansammlungen ermöglichte, welche die heutigen Millionenstädte darstellen. Sie könnte diese ihre Wirksamkeit, die ihr je nach dem Standpunkte des Urteilers teils zum Lobe, teils zum Vorwurf gemacht wurde, nicht besser entwickeln und über jede Anfechtung erheben, als wenn sie auch zur Städtebauerin im unmittelbaren Wirken würde und das reiche Maß von Mitteln, Energie und Schaffensfreude, das gerade der heutigen Großindustrie zu Gebote steht, dazu anwände, um die modernen Millionenstädte mit weitangelegten freundlichen und gesunden Gartenstädten zu umkränzen!